

A6NEU (Ä1,2,3,4,5,6,7,8) Faires Geld für zukunftsgerechte Landwirtschaft

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 26.03.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Die Landwirtschaft ernährt uns, prägt unsere Landschaft und hat besonders in
2 Schleswig-Holstein eine lange Tradition. Aber Klimakrise, Artensterben und die
3 wirtschaftliche Not vieler Höfe stellen nicht nur die Landwirt*innen, sondern
4 die ganze Gesellschaft vor große Herausforderungen.

5 Landwirtschaft ist schon jahrzehntelang einem steten Wandel unterworfen. Seit
6 1990 hat sich die Zahl der Betriebe in Schleswig-Holstein fast halbiert. Rund
7 12.000 Höfe haben ihre Tore für immer geschlossen haben. Gleichzeitig ist die
8 landwirtschaftliche Fläche deutlich geringer, um circa neun Prozent, gesunken.

9 Der fortwährende Flächenverbrauch für Gewerbe, Siedlungs- und Straßenbau muss
10 wirksam eingedämmt werden. Unsere Böden sind der elementare Produktionsfaktor
11 für die landwirtschaftliche Lebensmittel-Erzeugung. Die fortschreitende Bebauung
12 und die damit einhergehende Versiegelung von Böden mindern aber auch die
13 wichtigen ökologischen Funktionen der Böden allen voran die Fähigkeit des
14 Bodens, Regenwasser aufzunehmen. Das führt besonders in Städten zu einer
15 stärkeren lokalen Erwärmung. Auch mit der durch die Klimakrise zunehmenden
16 Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen geht die Notwendigkeit einher,
17 den Flächenverbrauch zu senken und die Flächennutzung zunehmend ökologisch
18 auszurichten. Insbesondere sind clevere Kombinationsmodelle von
19 Energieerzeugung, Infrastruktur, Wohnen, Klimaschutz, Artenschutz und
20 Landwirtschaft gefragt.

21 Die äußeren Rahmenbedingungen hat die Landwirtschaft zu einer Branche im Wandel
22 gemacht: Schwankende Preise, mächtige Lebensmittelkonzerne und steigende
23 Anforderungen setzen die Betriebe unter Druck. Die Art und Weise, wie wir
24 Landwirtschaft betreiben hat aber auch unmittelbaren Einfluss auf das Klima, die
25 Biodiversität und die Eutrophierung von Böden, Ökosystemen und Gewässern –
26 sowohl Oberflächengewässer, Grundwasser sowie Nord- und Ostsee. Es ist klar,
27 dass nicht die Landwirtschaft allein verantwortlich ist; sie muss aber bereit
28 sein, den gesellschaftlichen Anforderungen für eine intakte Umwelt nachzukommen.
29 Im Gegenzug muss die Gesellschaft bereit sein, diese ökologischen Leistungen den
30 Betrieben angemessen zu vergüten.

31 Sowohl bei Klimawandel als auch beim Rückgang von Biodiversität spielt die
32 Landwirtschaft eine dreifache Rolle: Sie ist Mitverursacherin, denn die hohen
33 Treibhausgasemissionen aufgrund der intensiven Tierhaltung und der Artenschwund
34 in Folge von bspw. Überdüngung und Pestizideinsatz verstärken die Probleme. Aber
35 gleichzeitig ist die Landwirtschaft besonders von extremer Dürre oder Nässe und
36 von veränderten Temperaturen betroffen. Gleichzeitig kann und muss die
37 Landwirtschaft Teil der Lösung sein, denn Humusaufbau, Wiedervernässung von
38 Moorflächen, Pflege der Kulturlandschaft und vieles mehr sind wichtige Antworten
39 auf die Krisen dieser Zeit. Wir Grüne wollen, dass genau diese Lösungen zum
40 Gewinn-, nicht zum Verlustgeschäft werden und den Bestand der Höfe sichern.

41 Viele Betriebe haben sich auf den Weg gemacht, erzeugen nicht nur hochwertige
42 Lebensmittel, sondern sind auch Energiewirte, Tourismusorte und der Kitt im
43 ländlichen Raum. Wir wollen auch, dass immer mehr Arbeiten als „Klimaschutz- und
44 Biodiversitätswirte“ – im ausgewogenen Mix mit Lebensmittelproduktion vielen
45 Betrieben eine Zukunft und eine sichere Einkommensperspektive sichert.

46 Natürlich gilt: In allen Bereichen – der Industrie, dem Verkehr, beim Wohnen –
47 müssen wir heute an Stellschrauben drehen, damit wir auch morgen noch gut leben
48 können. Das gilt eben auch für die Landwirtschaft.

49 Wir Grüne setzen uns dafür ein

- 50 • dass die Zahlungen von EU, Bund und Land langfristig konsequent an
51 Gemeinwohlkriterien gebunden werden. Statt Flächenprämien müssen wir
52 Betriebe entlohnen, die für Artenvielfalt, Naturschutz, pestizidarmes und
53 ökologisches Wirtschaften, für mehr Tierwohl und Klimaneutralität auf
54 Erträge und damit Einkommen verzichten und sie bei ihren Investitionen
55 unterstützen.
- 56 • Davon erhoffen wir uns auch, dass die Pachtpreise weniger stark steigen,
57 denn derzeit landet ein Teil der Flächenprämie nicht bei denen, die das
58 Land bewirtschaften, sondern bei denen, die das Land besitzen.
- 59 • dass Agrarzahungen künftig verstärkt kleinen und mittleren Betriebe zu
60 Gute kommen – wie es schon jetzt in der Umverteilungsprämie angelegt ist –
61 umso das Höfesterben zumindest zu verlangsamen.
- 62 • dass Landwirte ihre Produkte nicht zu Dumpingpreisen anbieten müssen. Um
63 die Marktmacht der Lebensmittelkonzerne einzuschränken hat Robert Habeck
64 die Monopolkommission angerufen. Die Ergebnisse sollen im kommenden Herbst
65 vorliegen, wir Grüne sind bereit, hier für faire Marktbedingungen zu
66 sorgen.
- 67 • dass Höfe Planungssicherheit haben und nicht in Bürokratie ertrinken. Wir
68 wissen, dass viele Betriebe durch große Investitionen in Ställe,
69 Landmaschinen und Digitalisierung besonders auf Planungssicherheit
70 angewiesen sind. Das bedeutet einen beherzten Wandel bei den
71 Agrarzahungen, aber einen mit langfristiger Perspektive. Wir sind bereit
72 bei der Gemeinwohlprämie eine gute Balance zwischen ökologischen Auflagen
73 und Kontrollaufwand zu finden, damit Landwirt*innen künftig weniger Zeit
74 am Schreibtisch verbringen müssen.
- 75 • dass für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in die EU importiert werden,
76 die gleichen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards gelten wie für
77 Betriebe in der EU.

Begründung

erfolgt mündlich